

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung
Herr Lukas Schneider
Eigerstrasse 65
3003 Bern

16. Dezember 2010

Pa. Iv. WAK-SR (10.459): Indirekter Gegenentwurf zu den Volksinitiativen „Bauspar-Initiative“ sowie „Eigene vier Wände dank Bausparen“

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP lehnt den vorliegenden Entwurf und die Einführung neuer Bausparinstrumente aus folgenden Gründen ab:

- **Mittelstand muss zuerst überhaupt etwas auf die Seite legen können**
Auch die EVP unterstützt den Grundgedanken, dass es möglichst vielen Menschen vergönnt sein soll, in den eigenen vier Wänden zu hausen. Wohneigentum bietet mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Wohnsicherheit als die Miete. Doch gerade wieder war zu lesen, wie der Mittelstand in der Schweiz unter Druck gekommen ist. Statt neuer Steuerprivilegien für Gutverdienende bedarf es vielmehr der gezielten Entlastung von mittelständischen Familien, damit diese überhaupt etwas auf die Seite legen können. Gerade Schwellenhaushalte profitieren nicht vom Bausparen, da sie gar nicht über ausreichend Einkommen verfügen, um steuerbefreit innert zehn Jahren genügend Eigenmittel zur Seite legen zu können.
- **Das Bausparen verfehlt sein Ziel**
Das steuerlich privilegierte Bausparen ist kein effizientes Mittel zur Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum. Davon profitieren vor allem jene Steuerpflichtigen, die auch ohne Bausparen über die nötigen Mittel verfügen, um in den Genuss von selbstgenutztem Wohneigentum zu kommen. Nur bei einem kleinen Teil der Haushalte (unterer Mittelstand) führt das Bausparen zum Ziel. Die Steuerausfälle fallen hingegen auch bei den höheren Einkommen an – und müssen kompensiert werden. Studien zeigen, dass das Bausparen eine ungünstige sozial- und einkommenspolitische

Wirkung aufweist und nur zu einem kleinen Teil dazu führt, dass Schwellenhaushalte selbstgenutztes Wohneigentum erwerben können.

- **Das Bausparen ist ineffizient**

Wegen der Progression profitieren Personen mit hohem Einkommen überdurchschnittlich vom Bausparen, was die Effizienz der Instrumente weiter verschlechtert.

- **Das Bausparen ist ungerecht**

Das steuerbegünstigte Bausparen widerspricht dem verfassungsmässigen Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Steuerpaket 2001 wurde von den Kantonen ein Gutachten zu dieser Frage erstellt, welches zum Schluss kommt, dass die damals geforderten Abzüge für das Bausparen (gemäss heutigem Stand rund 13'000 Franken) diesen Grundsatz massiv verletzen würden. An dieser Ausgangslage hat sich aus Sicht der EVP nichts geändert.

- **Bestehende Instrumente reichen aus**

Mit den Vorbezugsmöglichkeiten aus der beruflichen und der gebundenen Vorsorge (2. und 3. Säule) bestehen bereits ausreichend und ebenfalls steuerlich privilegierte Instrumente für die Förderung von Wohneigentum.

- **Kompliziert und aufwändig mit geringem Ertrag**

Das Bausparen verkompliziert das geltende Steuerrecht und führt zu einem beträchtlichen administrativen Mehraufwand.

- **Gefahr von Steuerschlupflöchern**

Mit dem gewählten Nachbesteuerungsmodell ist nicht ausgeschlossen, dass zweckentfremdete Spareinlagen privilegiert nachbesteuert werden können, was ungerechtfertigten Steueroptimierungen Vorschub leistet.

Die EVP fordert deshalb: Abbruch der Übung und einen Entscheid an der Urne über die beiden Bausparinitiativen. Es ist nicht einsichtig, weshalb ausgerechnet in der angespannten Finanzlage ein neues Steuerinstrument beim Wohneigentum geschaffen werden soll, das anerkanntermassen nicht zielführend ist und weitere Steuerausfälle sowie neue Ungerechtigkeiten verursacht. Unter dem Strich unterminieren neue Bausparinstrumente in der vorgeschlagenen Form die Steuergerechtigkeit und verhelfen nur am Rand Menschen zu selbstgenutztem Wohneigentum, die es sich andernfalls nicht leisten könnten. Es ist deshalb darauf zu verzichten.

Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Arbeit und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier